

SWP 08. APRIL 2009

IG METALL ULM VERANSTALTET GROßDEMONSTRATION

## Angst vor Entlassungen

**Die IG Metall Ulm will mit einer Großdemonstration am 14. Mai auf die drohenden Folgen der Krise hinweisen. Reinhold Riebl von der Gewerkschaft sieht die Gefahr von Massenentlassungen und Firmeninsolvenzen.**

*Frank König*



Reinhold Riebl befürchtet Massenentlassungen und Firmeninsolvenzen. Foto: Oliver Schulz

Die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise tritt in eine neue Phase mit Entlassungen und Firmenzusammenbrüchen. Den Unternehmen und Gewerkschaften gehen zunehmend die Mittel aus, um die Krise mit dem Abbau von Zeitkonten und mit Kurzarbeit zu beherrschen. Die IG Metall will das Thema daher stärker auf die gesellschaftliche und politische Ebene heben und veranstaltet eine große Demonstration mit ihrem Vorsitzenden Berthold Huber am 14. Mai in Ulm. Der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Ulm, Reinhold Riebl, sagte, dazu seien alle Berufsgruppen eingeladen, also beispielsweise auch Beschäftigte des Handels, Lehrer und sogar Manager gefährdeter regionaler Betriebe.

Nach den Worten Riebels tritt die Krise von einer Phase des „kalten Personalabbaus“, bei dem viele Leiharbeiter und Beschäftigte mit befristeten Verträgen ihren Arbeitsplatz verloren, nun in die zweite, „heiße“ Phase. Die massive Unterauslastung beim Ulmer Lastwagenhersteller Iveco (wir berichteten) und die Insolvenz des Automobilzulieferers Lindenmaier mit 400 Mitarbeitern in Laupheim zeigten den Ernst der Lage. Die IG Metall wolle keineswegs Panik verbreiten, aber es mache keinen Sinn mehr, eine rosa Brille aufzusetzen, sagte Riebl.

Er sieht eine wachsende Gefahr von Entlassungen, weil viele Unternehmen viel zu wenig Umsätze erzielen, Kurzarbeit jedoch Geld kostet und sie daher in einer „Fixkosten-Falle“ sitzen. In dieser Situation übten die Banken zusätzlich Druck auf die Geschäftsführer aus, klagte Riebl: „Es gibt Sanierungspläne, die Personalabbau fordern.“ Viele Manager kapitulierten vor den Banken und verlören jede Hoffnung.

Dazu komme, dass die Kreditinstitute vor dem Hintergrund der Krise Zinskonditionen für noch gewährte Kredite verlangten, die sogar in Zeiten der Hochkonjunktur nicht bezahlbar wären. Der Finanzmarkt ist aus Sicht Riebels „faktisch zusammengebrochen.“

Es sei nun Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass Betriebe nicht kaputtgehen, nur weil sie aus finanziellen Gründen die Kurzarbeit nicht wie gesetzlich möglich 18 Monate lang durchstehen. Es könne nicht sein, dass lediglich Banken als systemrelevanter Teil der Wirtschaft gelten.

Die Metall- und Elektroindustrie beschäftige in der Region Ulm und Biberach rund 50 000 Menschen. Riebl: „Das ist systemrelevant, das ist unser realwirtschaftlicher Kern, das darf auf keinen Fall zerstört werden.“ Zum Erhalt dieser Schlüsselbetriebe müssten die Banken wieder günstigere Kredite vergeben. Außerdem brauche man die frühere Vorruhestandsregelung, die den älteren Mitarbeitern der Metallbranche einen geordneten Übergang in den Ruhestand ermögliche. Riebl warnte die Wirtschaft davor, voreilig in großem Stil Mitarbeiter zu kündigen, obwohl noch gar nicht klar sei, welche Kapazitäten nach der Krise benötigt werden.

Die IG Metall Ulm wird nach seinen Worten derzeit mit einer vollkommen neuen Situation konfrontiert. Die Unternehmen wollen, noch während sie Kurzarbeit für ihre Belegschaften fahren, parallel über Entlassungen verhandeln. Wenn es dann die ersten Opfer der Krise in den Stammbeschaften gebe, werde der Druck auf diejenigen, die ihren Arbeitsplatz noch behalten, emotional fast unerträglich.